

Kantonale Volksabstimmungen vom 25. November 2012

Les votations cantonales du 25 novembre 2012

A. Übersicht / Aperçu	S./p. 1
B. Im Detail / Dans le détail	S./p. 3

A. Übersicht / Aperçu

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:

- **VD:** Modifications des articles 74 et 142 de la Constitution du Canton de Vaud du 14 avril 2003

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :

- **AR:** Referendum über die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (fak.)
- **FR:** Loi du 7 février 2012 modifiant la loi sur l'énergie (fac.)
- **GE:** Loi modifiant la loi organisant la commission de conciliation en matière de baux et loyers (LCCBL) du 7 juin 2012
- **GR:** Gesetz über Tourismusabgaben (Tourismusabgabengesetz, TAG) (fak.)
- **LU:** Änderung des Finanzausgleichsgesetzes über Beiträge an Gemeindefusionen und für die Zusammenarbeit von Gemeinden (oblig.)
- **SH:** Totalrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. Mai 2012 (inkl. Variantenabstimmung über Selbstmedikation) (oblig.)
- **ZH:** Umsetzungsvorlage «prima-Initiative» – Gesetz über die Einführung der Grundstufe *und* Gegenvorschlag des Kantonsrates: Gesetz über die freiwillige Einführung der Grundstufe (oblig.)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :

- **BL:** Formulierte Gesetzesinitiative «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren» *und* Gegenvorschlag des Regierungsrates
- **BL:** Nichtformulierte Volksinitiative «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren»
- **BL:** Nichtformulierte Volksinitiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen»
- **NE:** Initiative législative populaire cantonale «Pour une participation des grandes fortunes, limitée dans le temps»
- **SH:** Volksinitiative «für bezahlbare Krankenkassenprämien (Prämienverbilligungsinitiative)»
- **ZH:** Volksinitiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)»
- **ZH:** Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)»

4. Finanzreferendum / Référendum financier :

- **SG:** Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (CHF 1.66 Mio. pro Jahr)

B. Im Detail / Dans le détail

AR



Referendum über die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) vom 4. Juni 2012

JA (71.3 %)

Das totalrevidierte Finanzhaushaltsgesetz regelt die Steuerung, den Vollzug und die Kontrolle des Finanzhaushaltes von Kanton und Gemeinden. Das Gesetz wurde vom Kantonsrat am 4. Juni 2012 mit 60:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.ar.ch/politische-rechte/wahlen-und-abstimmungen/abstimmungen-vom-25112012/>

BL



1. Formulierte Gesetzesinitiative vom 15. Dezember 2011 «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren»

NEIN (62.97 %)

und

Gegenvorschlag des Regierungsrates vom 20. September 2012

JA (56.48 %)

Die am 22. August 2011 eingereichte formulierte Gesetzesinitiative „Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren“ verlangt die Senkung der Richt- und Höchstzahlen der Klassen beim Kindergarten, bei der Primarschule, der Sekundarschule Anforderungsniveau A, E und P, den Kleinklassen, Berufsfachschulen, Gymnasien, Berufsvorbereitenden Schulen BVS2 und Fachmittelschulen.

Die Initiantinnen und Initianten führen aus, dass mit kleineren Klassen ein modernerer und qualitativ besserer Unterricht erreicht werden könne. Zudem werde so der Über- oder Unterforderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler begegnet. Mit der Senkung der Richt- und Höchstzahlen sollen auch die Anzahl der Repetitionen vermindert und auf diese Weise Kosten eingespart werden.

Der Regierungsrat führt dagegen aus, es sei umstritten und zu wenig wissenschaftlich erforscht, dass bei kleineren Klassen die Lernziele besser erreicht würden und die Repetitionsquoten kleiner seien. Ein moderner und qualitativ guter Unterricht werde nicht allein durch eine Senkung der Richt- und Höchstzahlen erreicht, sondern in erster Linie durch gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Zudem würde die formulierte Gesetzesinitiative Folgekosten von jährlich 13.72 Mio. Franken mit sich bringen.

Der Regierungsrat fügt an, die Ansprüche von Jugendlichen und Erziehungsberechtigten an die Schulen seien immer grösser geworden. Eine intensive Betreuung von leistungsstärkeren und leis-

tungsschwächeren Schülerinnen und Schülern sei notwendig. Als Gegenvorschlag schlägt er deshalb zusammen mit dem Landrat vor, die Höchstzahl der Schülerinnen und Schüler an der Primarschule und an der Sekundarschule Niveau E und P auf 24 zu senken (Höchstzahl heute: 26). An der Sekundarschule Niveau A soll die bisherige Höchstzahl 20 bestehen bleiben. Der Gegenvorschlag ändert die heute geltenden Richtzahlen an keiner Schulstufe des Kantons.

2. Nichtformulierte Volksinitiative «Ja zur guten Schule

Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren» NEIN (64.77 %)

Die am 24. November 2011 eingereichte Volksinitiative „Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren“ bezweckt eine Herabsetzung der wöchentlichen Unterrichtszeit für Klassenlehrerinnen und -lehrer auf der Primar- und Sekundarstufe I um eine Lektion, d.h. auf 26 Lektionen für Primarlehrkräfte (bisher 27 Lektionen) und 25 Lektionen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I (bisher 26 Lektionen). Die dadurch gewonnene Zeit der Lehrpersonen soll für die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler ausserhalb des ordentlichen Unterrichts eingesetzt werden.

Die Initiative will mit der zusätzlichen individuellen Betreuung die Repetitionsquoten senken. Dies soll nicht nur die Demotivation bei Schülern vermindern, sondern auch Kosten sparen, denn jedes zusätzliche Primarschuljahr koste den Steuerzahler rund 14'000 und jedes weitere Sekundarschuljahr 18'000 Franken. Jugendliche, welche kein Schuljahr wiederholen müssen, würden zudem früher ins Berufsleben einsteigen, was volkswirtschaftlich erwünscht sei.

Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab. Eine umfassende individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrpersonen sei ein Auftrag der Schule und Teil des Unterrichts und könne nicht durch eine Reduktion der wöchentlichen Unterrichtszeit an die Klassenlehrperson delegiert werden. Mit der geltenden Regelung, wonach Klassenlehrerinnen und -lehrer für diese anspruchsvolle Aufgabe 65 Stunden Arbeitszeit einsetzen können, sei das Anliegen der Initiative bereits vollumfänglich erfüllt.

3. Nichtformulierte Volksinitiative «Keine Zwangs-

verschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen» NEIN (59.27 %)

Die Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ bezweckt, allen Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I den Besuch der nächstgelegenen Sekundarschule zu garantieren. Zuweisungen von Schülerinnen und Schülern innerhalb eines Sekundarschulkreises durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion sollen nicht mehr zulässig sein, es sei denn die Erziehungsberechtigten erklären sich damit einverstanden.

Das Initiativkomitee kritisiert vor allem, dass die Zuweisung einzelner Schülerinnen und Schülern in eine andere als die nächstgelegene Schule diese aus ihrem gewohnten Umfeld reisse, was zu Verunsicherung und Leistungseinbrüchen führen könne. Dabei stelle nicht nur der längere Schulweg ein Problem dar, auch ginge für diese Kinder der soziale Zusammenhalt ihres gewohnten Umfeldes verloren. Als Ortsfremde würden sie kaum mehr in spontane Freizeitaktivitäten eingebunden und auch zu Hause seien sie dann nicht mehr in den Kreis ihrer ehemaligen Kameraden/-innen integriert.

Der Regierungsrat bringt vor, dass die bisherige Regelung die Absicht verfolge, die Klassengrößen innerhalb der Sekundarschulkreise zu optimieren und zu verhindern, dass wegen einiger weniger Schülerinnen und Schüler zusätzliche Klassen gebildet werden müssen. Ausserdem seien die Kriterien für eine Zuweisung von Schülerinnen und Schülern an einen andern Sekundarschulstandort klar definiert. Dabei würden der Zeitbedarf für den Schulweg, die Beschaffenheit des Schulweges sowie persönliche Gründe berücksichtigt. Auf diese Weise werde sichergestellt, dass bei der Klassenbildung innerhalb der Schulkreise der persönlichen Situation der Schülerinnen und

Schüler genügend Rechnung getragen werde. Des Weiteren verfüge längst nicht jede Gemeinde des Kantons über eine eigene Sekundarschule. Dass Schülerinnen und Schüler in ein Nachbardorf in die Sekundarschule gehen oder einen noch weiteren Weg zur Schule haben, sei in gewissen Regionen seit Jahrzehnten problemlos gelebte Realität und könne ohne weiteres im ganzen Kanton funktionieren. Die Annahme der Volksinitiative würde lediglich zu einer erheblichen Erhöhung der Ausgaben für die Sekundarstufe I führen, ohne dass diesen ein angemessener Nutzen gegenüber stehen würde.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parlk/wahlen/abst_bro/U20121125_bro_web.pdf

FR



Loi du 7 février 2012 modifiant la loi sur l'énergie

NON (50.75 %)

Conscients de la nécessité de réaliser des économies d'énergie et de favoriser le développement des nouvelles énergies renouvelables, le Conseil d'Etat et le Grand Conseil fribourgeois ont adopté en 2009 déjà une nouvelle stratégie énergétique, qui vise la Société à 4000 Watts d'ici 2030. Cela signifie concrètement que, dans 20 ans et sans réduire leur confort, les Fribourgeoises et Fribourgeois devraient utiliser environ un tiers d'énergie en moins qu'aujourd'hui. Afin de pouvoir réaliser cet objectif ambitieux, le Grand Conseil a adopté à l'unanimité la révision partielle de la loi sur l'énergie.

Cette révision prévoit de nombreuses mesures concrètes comme, par exemple, l'efficacité de l'éclairage public ou l'introduction du certificat énergétique des bâtiments. Une autre mesure importante est l'interdiction des chauffages et des chauffe-eau électriques dont le faible rendement global induit un gaspillage massif d'électricité. D'ailleurs, la Confédération a interdit l'installation de nouveaux chauffages électriques depuis 1990 déjà.

Mais l'interdiction des chauffages électriques est combattue. Un référendum a été déposé contre la loi du 7 février 2012, bien que seul son article 15 (alinéas 2 et 3) soit contesté. Ces alinéas stipulent que les chauffages électriques fixes (avec ou sans distribution de chaleur à eau), ainsi que les installations dont la production d'eau chaude est principalement réalisée au moyen d'une résistance électrique, doivent être remplacés au plus tard le 1^{er} janvier 2025 par un système plus efficace.

Le nombre requis de signatures ayant été récolté, cette loi doit faire dès lors l'objet d'une votation populaire.

Le comité référendaire considère qu'en exigeant le remplacement d'ici au 1^{er} janvier 2015 de tous les chauffages électriques existants et des boilers, la nouvelle loi sur l'énergie porte gravement atteinte au droit de propriété. En effet, les propriétaires concernés ont reçu les autorisations officielles (permis de construire et d'habiter) et ont été encouragés par l'Etat à choisir ces installations. Comme tout citoyen, ils devraient bénéficier de la protection de ce droit fondamental.

En mettant l'accent sur l'isolation des bâtiments, l'objectif d'économie recherché par la loi serait pleinement atteint. Par ailleurs, eu regard au réchauffement climatique, il faudrait rappeler que, même importée, l'électricité reste une énergie infiniment plus propre que d'autres (cf. la promotion pour la voiture électrique). Dès lors, une interdiction serait une décision inappropriée qui stigmatiserait inutilement une minorité pour un résultat moindre. De plus, elle ouvrirait la voie à d'autres interdictions dans ce domaine.

Les autorités rappellent de leur côté qu'en cas de refus de la loi, l'ensemble des modifications acceptées à l'unanimité par le Grand Conseil s'en trouverait rejeté. Partant, tous les chauffages et chauffe-eau électriques existants pourraient continuer d'être exploités au-delà de 2025, et même être remplacés par d'autres chauffages électriques.

En revanche, en cas d'acceptation de la loi, la stratégie énergétique du canton pourrait être concrétisée. Les chauffages électriques devraient être remplacés d'ici 2025, mais seulement dans la mesure où cela est économiquement supportable et techniquement réalisable au sens des dispositions légales. Le Conseil d'Etat aurait déjà défini les principes des exceptions et dérogations prévues.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.fr.ch/cha/files/pdf47/121370-FRANCAIS1.pdf>

GE



Loi modifiant la loi organisant la commission de conciliation en matière de baux et loyers (LCCBL) (E 3 15 – 10890), du 7 juin 2012

OUI (72.1 %)

La loi soumise au référendum concerne la commission de conciliation en matière de baux et loyers. Cette commission est composée d'un juge, qui la préside, d'un juge assesseur représentant les groupes de locataires et d'un juge assesseur représentant les bailleurs. Elle tente de concilier le locataire et le bailleur en cas de litige, par exemple lorsqu'un locataire conteste en justice un congé, un loyer initial ou une hausse de loyer. Plus précisément, le projet litigieux introduit dans cette loi une nouvelle disposition (l'art. 4A) pour tempérer certaines dispositions du nouveau code de procédure civile suisse en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2011.

Ce code prévoit en son article 204 que «les parties doivent comparaître en personne à l'audience de conciliation», et en son article 206 qu'«en cas de défaut du demandeur, la requête est considérée comme retirée; la procédure devient sans objet et l'affaire est rayée du rôle».

Cette règle a des conséquences importantes en cas d'absence de l'une ou l'autre des parties, d'où les aménagements proposés pour adoucir la réglementation. Mais ceux-ci font l'objet de divergences d'interprétation pour savoir si elle entre dans les compétences cantonales ou fédérales comme cela est expliqué plus en détail dans le commentaire des autorités.

La majorité du Grand Conseil estime que le projet de loi règle une question d'organisation judiciaire, de la compétence des cantons.

En revanche, une – large – minorité du Grand Conseil s'oppose au projet. Elle estime qu'il aurait pour objet une question de procédure civile, de la compétence de la Confédération. De son point de vue, les éventuels défauts du système actuel ne pourraient être corrigés qu'en modifiant le code de procédure civile suisse lui-même, et que le projet de loi, en prétendant agir dans cette matière au niveau cantonal, serait contraire au droit fédéral supérieur.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.geneve.ch/votations/20121125/doc/Brochure-cantonale.pdf>

GR



Gesetz über Tourismusabgaben (Tourismusabgabengesetz, TAG)

NEIN (65.45 %)

Mit dem Tourismusabgabengesetz (TAG) wollen die Regierung und der Grosse Rat des Kantons Graubünden eine kantonale Grundlage für die Tourismusfinanzierung schaffen. Die heute geltenden rund 120 kommunalen Gesetze über Kurtaxen und Tourismusförderungsabgaben sollen wegfallen. An deren Stelle soll eine einheitliche Tourismusabgabe treten. Gegen das neue Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Der Grosse Rat sieht im TAG eine einfache, flächendeckende, effiziente und gerechte Basis zur Finanzierung des Tourismus vor. Die Ablösung von 120 kommunalen Gesetzen durch das TAG soll zu einer administrativen Entlastung führen und als letzter wichtiger Meilenstein der Tourismusreform den Tourismus in Graubünden stärken. Mit dem TAG und der Reform könne dem Abwärtstrend im Bündner Tourismus begegnet werden. Würden die Tourismusreform und die neuen Tourismusstrukturen nicht mit dem TAG gestärkt, dann würde, gemäss dem Grossen Rat, der Tourismus im Kanton Graubünden gegenüber seinen direkten Mitbewerbern weiter an Terrain verlieren.

Das Referendumskomitee «Nein zur neuen Tourismussteuer – NEIN zum TAG» lehnt die Vorlage ab. Das Komitee bringt vor, dass durch das Tourismusabgabengesetz die Wirtschaft und das Gewerbe im Kanton Graubünden zusätzlich administrativ und finanziell belastet würden. Das neue Gesetz löse eine Flut zusätzlicher Gesetze aus und schade damit dem Bündner Wirtschaftsstandort.

Der Grosse Rat hat das TAG mit 70 zu 37 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.gr.ch/DE/publikationen/abstimmungenwahlen/resultate/Abstimmungsunterlagen_Kanton/12_11_15_01_Erlaeuterungen_d.pdf

LU



Änderung des Finanzausgleichsgesetzes über Beiträge an Gemeindefusionen und für die Zusammenarbeit von Gemeinden

JA (60.48 %)

Der Kantonsrat möchte die Selbständigkeit der Gemeinden stärken. Er hat deshalb beschlossen, dass künftig alle (nicht nur finanzschwache) Gemeinden, die sich mit andern Gemeinden vereinigen wollen, einen Anspruch auf einen Unterstützungsbeitrag des Kantons erhalten sollen.

Im Finanzausgleichsgesetz soll neu festgehalten werden, wie der Beitrag berechnet wird. Damit könnten fusionswillige Gemeinden frühzeitig ihren Anspruch auf Beiträge ausrechnen. Der Kantonsrat könnte in Zukunft auch Projekte von Gemeinden, die organisatorisch besser zusammenarbeiten wollen, mit Beiträgen unterstützen. Beibehalten werden sollen die Unterstützungsleistungen für einzelne Gemeinden, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Zur Finanzierung soll der erschöpfte Fonds für besondere Beiträge an Gemeinden neu mit 20 Millionen Franken dotiert werden.

Mit der Gesetzesänderung wird für fusionierende Gemeinden ein Rechtsanspruch auf Unterstützungsbeiträge ins kantonale Recht aufgenommen, womit die Verfassungsbestimmung über die Anforderungen für das obligatorische Finanzreferendum erfüllt ist. Bezüglich dieser Vorlage ist somit eine Volksabstimmung durchzuführen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.lu.ch/volksbotschaft_2012-11-25.pdf

NE



Initiative législative populaire cantonale «Pour une participation des grandes fortunes, limitée dans le temps»

NON (60.63 %)

Formulée comme un projet de loi, l'initiative populaire soumise au vote propose d'introduire un impôt spécial supplémentaire sur les fortunes de plus d'un million de francs, pendant 4 ans, à titre de contribution de solidarité au redressement des finances de l'Etat. L'impôt toucherait les fortunes à partir d'un million de francs et augmenterait progressivement. Le taux démarrerait à 0,1% pour les fortunes d'un million et augmenterait progressivement de 0,1% par tranche de 100'000 francs. A partir de deux millions de francs, il resterait invariable à 1%. Cette contribution spéciale ne serait prélevée que sur la fortune des personnes physiques, et uniquement par le canton, non par les communes. Le Grand Conseil a rejeté cette proposition, comme le Conseil d'Etat.

Comme toujours sur un sujet aussi sensible, les positions sont extrêmement tranchées.

Ses partisans citent le Prix Nobel d'économie Joseph Stiglitz : « Il est important que les efforts budgétaires soient partagés aussi par les riches, pas seulement par les plus modestes et les classes moyennes. » A leurs yeux, depuis 2006, les autorités politiques imposent des sacrifices à une grande partie de la population neuchâteloise, et il serait temps de mettre un terme à ces « sacrifices unilatéraux. » Par ailleurs, raisonnable et juste, cet impôt supplémentaire limité à 4 ans ne ferait fuir personne, les riches étant capables de comprendre que leur intérêt réside aussi dans un canton où il fait bon vivre.

En revanche, les autorités cantonales considèrent majoritairement que cette initiative serait excessive et inopportune, notamment parce qu'elle induirait pour les contribuables visés, fût-ce temporairement, une hausse de charge fiscale d'une ampleur encore jamais atteinte (jusqu'au triple du taux réel maximum actuel de l'impôt sur la fortune), alors que le canton vient précisément de se doter d'une législation destinée à corriger son image d' « enfer fiscal ».

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.ne.ch/neat/site/jsp/rubrique/rubrique.jsp?StyleType=bleu&CatId=14239>

SG



Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal

JA (76.9 %)

Das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal ist eine interdisziplinäre Forschungs- und Dienstleistungsinstitution für Mikrosystemtechnik, Produktionsmesstechnik, Energiesysteme und technologieorientiertes Unternehmertum mit Sitz in Buchs. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sollen sich an den Anforderungen der Industrie orientieren und anwendungsorientierte Forschung mit deren praktischen Umsetzung verbinden. Die Institution soll einen einfachen und schnellen Zugang zu modernsten Technologien bieten. Dabei sollen insbesondere auch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) angesprochen werden, die über weniger Technologie-Ressourcen verfügen.

Das Zentrum soll im ersten Quartal 2013 den Betrieb in den Räumlichkeiten der Hochschule für Technik Buchs (NTB) aufnehmen und bis ins Jahr 2018 von vier auf 40 Mitarbeitende ausgebaut werden. Die Betriebskosten des Zentrums sollen sich im Vollbetrieb auf jährlich 7.5 Mio. Franken belaufen. Davon sollen 2.5 Mio. Franken im Verhältnis 2:1 durch den Kanton St.Gallen und das Fürstentum Liechtenstein getragen werden. Den restlichen Mittelbedarf sollen Forschungsaufträge aus der Wirtschaft und Forschungsprojekte abdecken.

Die Vereinbarung wird zwischen dem Kanton St. Gallen und dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen. Der Liechtensteinische Landtag stimmte am 23. Mai 2012 dem Beitritt zur Vereinbarung zu. Im Fürstentum Liechtenstein ist keine Volksabstimmung notwendig.

Warum dann eine Volksabstimmung in St. Gallen? Beschlüsse des Kantonsrates, die zu Lasten des Kantons für den gleichen Gegenstand eine wiederkehrende neue Ausgabe von mehr als 1.5 Mio. Franken pro Jahr zur Folge haben können, müssen nach dem Gesetz über Referendum und Initiative dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.abstimmungen.sg.ch/home/sachabstimmungen/abstimmungsbroschueren/Abstimmungsbr oschue- ren_2012/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download_1.ocFile/36.5.3%20SK%20Kant %20Brosch%C3%BCre%2020121125.pdf

SH



1. Totalrevision des Gesundheitsgesetzes vom 21. Mai 2012 (inkl. Variantenabstimmung über Selbstmedikation)

JA (88.6 %)
NEIN (71.5 %)

Das geltende Gesundheitsgesetz von Schaffhausen (1970) hat innert 40 Jahren nur relativ wenige Veränderungen erfahren. Die Bedeutung des Gesetzes, das ursprünglich noch als umfassendes Rahmengesetz für alle Belange des Gesundheitswesens konzipiert war, hätte sich zunehmend auf die hoheitlichen Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Kantons in den ambulanten Leistungsbereichen sowie auf die traditionellen Staatsaufgaben im Gesundheitsschutz und bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten reduziert. Mit der vorliegenden Totalrevision des Gesundheitsgesetzes soll den Veränderungen der Leistungsangebote im Gesundheitswe-

sen, den Anforderungen an die Leistungserbringer sowie den wirtschaftlichen Gegebenheiten und den bundesrechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden.

Die ambulante Gesundheitsversorgung soll auch in Zukunft in erster Linie durch private Leistungsanbieter sichergestellt werden. In Bereichen, in denen eine bedarfsgerechte Versorgung auf privater Basis nicht erreicht werden kann, sollen Kanton und Gemeinden unterstützend und ergänzend tätig werden können.

Insbesondere soll für den ärztlichen Notfalldienst eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, welche eine flexible Partnerschaft von öffentlichen und privaten Stellen ermöglicht.

Ein separates Kapitel des neuen Gesetzes ist der Gesundheitsförderung und der Prävention gewidmet. Dabei soll z.B. ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren eingeführt werden, was einem landesweiten Trend entspräche.

Da die Frage nach der ärztlichen Medikamentenabgabe umstritten ist, unterbreitet der Kantonsrat den Stimmberechtigten neben dem Gesundheitsgesetz (*Hauptvorlage*) das Gesetz über die Änderung von Art. 22 und 54 des Gesundheitsgesetzes (*Variante*). Mit der Hauptvorlage soll die generelle ärztliche Medikamentenabgabe eingeführt werden, wobei für Ärztinnen und Ärzte in den Gemeinden Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall eine Übergangsfrist von fünf Jahren gewährt werden soll. Bis dahin sind sie in den erwähnten Gemeinden wie bisher von der ärztlichen Medikamentenabgabe ausgeschlossen. Demgegenüber sieht die Variante die eingeschränkte ärztliche Medikamentenabgabe vor, womit wie bisher lediglich Ärztinnen und Ärzte in Gemeinden mit weniger als zwei Apotheken Medikamente abgeben dürfen.

Wird die Hauptvorlage angenommen und die Variante abgelehnt, gilt das Gesundheitsgesetz mit ärztlicher Medikamentenabgabe nach fünfjähriger Übergangsfrist. Wird die Hauptvorlage angenommen und die Variante angenommen, gilt das Gesundheitsgesetz mit eingeschränkter ärztlicher Medikamentenabgabe wie bisher.

2. Volksinitiative «für bezahlbare Krankenkassenprämien (Prämienverbilligungsinitiative)»

JA (53.3 %)

Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) verpflichtet die Kantone, Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Beiträge zur individuellen Prämienverbilligung (IPV) zu gewähren. An der Finanzierung haben sich der Bund sowie die Kantone und die Gemeinden zu beteiligen. Im Kanton Schaffhausen hat im Jahre 2011 ein Viertel der Haushalte bzw. ein Drittel der Kantonsbevölkerung Beiträge zur Prämienverbilligung erhalten. Aufgrund der grossen Aufschläge bei den Krankenkassenprämien in den Jahren 2010 und 2011 sind die Beiträge zur Prämienverbilligung ausserordentlich stark angestiegen (Zunahme um insgesamt 13 Mio. Franken innert zweier Jahre).

Angesichts der angespannten Finanzlage von Kanton und Gemeinden hat der Regierungsrat dem Kantonsrat am 12. April 2011 eine Vorlage zur Revision des Dekretes über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes unterbreitet.

Vorgeschlagen wurde eine Neuordnung der Berechnung der Prämienverbilligung: Während bis anhin der selbst aufzubringende Anteil der Krankenkassenprämien – bezogen auf eine normative Richtprämie – nicht mehr als 12 % des anrechenbaren Einkommens ausmachen durfte, sollten neu die eigenen Beiträge von Kanton und Gemeinden zur Prämienverbilligung auf das Niveau der Bundesbeiträge begrenzt werden.

Warum dann eine Volksabstimmung? Dieser Entscheid des Kantonsrates, die Beiträge über das vom Regierungsrat beantragte Mass hinaus zu kürzen, wurde mit relativ knapper Mehrheit gefällt. Da Dekrete grundsätzlich nicht der Volksabstimmung unterliegen und eine Unterstellung des Entscheides unter das fakultative Referendum abgelehnt wurde, haben Vertreter der im Rat unterlegenen Minderheit den Weg einer Volksinitiative gewählt, um der aus ihrer Sicht allzu starken Bei-

tragsreduktion entgegenzuwirken. Die Initiative strebt eine weitgehende Rückkehr zu den vor der Dekretsrevision geltenden Regeln und finanziellen Proportionen an

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sh.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente_nicht_im_Formularpool/Abstimmungen/2012/Abts_Mag_Kt_2012-11-25.pdf

VD



Modifications des articles 74 et 142 de la Constitution du Canton de Vaud du 14 avril 2003 (transformation du terme «tutelle» en «curatelle de portée générale» ou «mandat pour cause d'inaptitude»).

OUI (95.63 %)

Le 19 décembre 2008, les Chambres fédérales ont adopté une révision du Code civil suisse relative à la protection de l'adulte, au droit des personnes et au droit de la filiation (actuel droit de la tutelle). Cette révision entrera en vigueur au 1^{er} janvier 2013. A la faveur de cette révision, certains termes jugés stigmatisants tels que «maladie mentale», «faiblesse d'esprit», «inconduite», «prodigalité» et «mauvaise gestion» ou encore les notions d'«interdiction», de «mise sous tutelle» et de «pupille» ont été supprimés.

Il convient donc de modifier la Constitution cantonale dans la mesure où celle-ci utilise certains de ces termes. En effet, la Constitution vaudoise doit être conforme à la terminologie du Code civil, afin que les termes utilisés, ici dans le domaine des droits politiques, correspondent aux définitions du droit fédéral et puissent ainsi être aisément interprétés.

Les deux articles soumis au vote contiennent les notions d'interdiction, de maladie mentale ou faiblesse d'esprit, lesquelles n'existent plus dans la législation fédérale. Il est proposé de les remplacer par celle d'incapacité durable de discernement, notion qui est utilisée à l'article 398 du nouveau Code civil suisse pour justifier l'institution d'une curatelle de portée générale, qui sera le pendant de l'actuelle tutelle et aura pour effet de priver la personne concernée de l'exercice de ses droits civils.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/themes/etat_droit/votations_elections/fichiers_pdf/VD121125-Brochure.pdf



1. A. Umsetzungsvorlage «prima-Initiative» – Gesetz

über die Einführung der Grundstufe

NEIN (71.29 %)

B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Gesetz

über die freiwillige Einführung der Grundstufe

NEIN (54.79 %)

Im März 2010 wurde die «prima- Initiative (Kantonale Volksinitiative für die Weiterentwicklung der Kindergartenstufe)» in Form einer allgemeinen Anregung eingereicht. Die Initiative verlangt die Neugestaltung des Schuleintritts im Sinne der Grundstufe. Diese verbindet die beiden Jahre des Kindergartens mit der ersten Primarklasse. Die Grundstufe wird im Kanton Zürich seit 2004 als Schulversuch mit 87 Klassen in 27 Gemeinden geführt.

Zur Umsetzung der Initiative verabschiedete der Kantonsrat am 2. Juli 2012 das Gesetz über die Einführung der Grundstufe. Dieses sieht vor, dass die Grundstufe flächendeckend in allen Gemeinden des Kantons eingeführt wird.

Gleichzeitig beschloss der Kantonsrat einen Gegenvorschlag dazu, das Gesetz über die freiwillige Einführung der Grundstufe. Dieses gibt den Schulpflegern die Möglichkeit, selber zu entscheiden, ob sie in ihrer Gemeinde den Kindergarten oder die Grundstufe führen wollen.

Der Kantonsrat und der Regierungsrat empfehlen ein Nein zum Gesetz über die Einführung der Grundstufe und ein Ja zum Gegenvorschlag

2. Volksinitiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)»

NEIN (59.79 %)

Die Initiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)» verlangt, dass in Verfahren vor dem Mietgericht keine Gerichtskosten erhoben werden.

Mietrechtliche Auseinandersetzungen gelangen bereits heute zuerst an die paritätische Schlichtungsbehörde. Das Verfahren vor dieser Behörde ist unentgeltlich. Die Schlichtungsbehörde versucht, im Interesse der Parteien, spätere Prozesse zu vermeiden und eine gütliche Einigung herbeizuführen. In der Praxis können so viele Streitfälle effizient, rasch und kostengünstig von den Schlichtungsbehörden erledigt werden.

Regierungsrat und Kantonsrat führen aus, dass es zu zahlreichen gerichtlichen Verfahren kommen würde, wenn das Kostenrisiko auch bei den Mietgerichten dahinfallen würde. Das bewährte Instrument der Schlichtungsbehörden würde damit geschwächt werden. Damit wenig vermögende Parteien nicht von mietgerichtlichen Verfahren ausgeschlossen sind, besteht schon heute die Möglichkeit, sie durch die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege von allfälligen Gerichtskosten zu befreien.

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen deshalb, die Initiative zu verwerfen.

3. Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)»

JA (52.3 %)

Die Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)» verlangt, dass Mieterinnen und Mietern in Zeiten des Wohnungsmangels mitgeteilt werden muss, welchen Mietzins die Vormieterinnen oder Vormieter bezahlt haben. In Zeiten von Wohnungsmangel soll die sogenannte Formularpflicht wieder eingeführt werden. Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch soll daher ergänzt werden.

Der Kantonsrat und der Regierungsrat lehnen die Initiative ab. Das Formular soll zwar für Neumiet-
terinnen und Neumieter Transparenz schaffen, indem ihnen unaufgefordert die Höhe des Mietzin-
ses des vorangegangenen Mietverhältnisses mitgeteilt und auf die Möglichkeit der Anfechtung des
Anfangsmietzinses hingewiesen wird. Es könne jedoch davon ausgegangen werden, dass Miete-
rinnen und Mieter heute im Allgemeinen gut über ihre Rechte informiert seien.

Eine mietzinsdämpfende Wirkung sei von der Einführung der Formularpflicht nicht zu erwarten. Die
Formularpflicht löse vielmehr einen beträchtlichen bürokratischen Aufwand aus.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la
votation:**

http://www.sk.zh.ch/internet/staatskanzlei/de/die_staatskanzlei/veroeffentlichungen/abstimmungszeitung/jcr_content/contentPar/downloadlist/downloaditems/60_1342015989205.spooler.download.1348466793292.pdf/Abstimmungszeitung_November.pdf